Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 9

Artikel: Zins, Geld und Kapital : eine Notiz zur Kritik der Freigeldlehre
Autor: Walter, Emil J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331504

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

den großen Finanz- und Industriegesellschaften und ihrer Rechnungsablegung und Gewinnausschüttung liegt, gelüftet werden. Bekanntlich führen zahlreiche Aktiengesellschaften an ihre Aktionäre neben der offiziellen »ordentlichen« Dividende noch andere dividendenähnliche Ausschüttungen ab (zum Beispiel Gratisaktien, Genußscheindividenden, Bonus).

Eigentliche *Kontrollinstanz* soll ein der Nationalbank anzugliederndes, vom Bundesrat unabhängiges *Bankamt* sein, dessen bewegliche Organisation ohne weiteres den Richtlinien zu entnehmen ist.

*

Die Richtlinien zur Bankenkontrolle sind tagespolitischer Natur. Sie werden als Forderungen der breiten Volksmassen in einem Zeitpunkt geltend gemacht, da sich die herrschenden Klassen unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit diesen Fragen beschäftigen. In den gleichen Volksmassen verbreitet sich aber darüber hinaus immer mehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit der *Sozialisierung des Kreditwesens* überhaupt. Ihr Instinkt läßt sie von der richtigen Einsicht leiten, daß *jede Sozialisierungsmaßnahme in der industriellen Produktion ohne gleichzeitige Herrschaft über die Kreditsphäre, also die Bankorganisation, wirkungslos bleibt* und daß mit der Sozialisierung des Bankkapitals die *Schlüsselstellung* der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft erobert wird. Die Realisierung dieser Forderung und die Art der Durchführung (Expropriation mit oder ohne Entschädigung) ist selbstverständlich eine Frage der politischen Macht. Die *Kantonalbanken* stellen schon heute ein Stück sozialisierten Kredites dar. 1931 hatten sie ein Dotationskapital von fast 600 Millionen Franken aufzuweisen, das mit 22,6 Millionen Franken (gleich 4,5 Prozent) verzinst wurde. Daneben wurden weitere 11 Millionen Franken an die Staatskasse abgeführt. Kein Mensch möchte diese Institute heute missen, und ohne sie wäre die Kreditorganisation der Schweiz nicht denkbar.

Zins, Geld und Kapital

Eine Notiz zur Kritik der Freigeldlehre

Von Emil J. Walter.

Die Agitation des Schweizerischen Freiwirtschaftsbundes macht es notwendig, auch einer breiteren Parteiöffentlichkeit Argumente gegen die Freigeldlehre zugänglich zu machen, welche ihrem sachlichen Inhalte nach bereits bekannt sind, aber bisher nicht volkstümlich genug auseinandergesetzt wurden. In der Broschüre der Partei zur »Währungsfrage« ist der Zusammenhang von Zins, Geld und Kapital nicht genügend berücksichtigt. Die folgenden Ausführungen sollen als Ergänzung zu dieser Broschüre dienen.

Es ist bekannt, daß der grundlegende Irrtum der Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell die mangelnde begriffliche Unterscheidung von Geld und Kapital ist. Silvio Gesell behauptet, die kapitalistische Ausbeutung durch den Zins (und damit indirekt auch durch die Grundrente) könne durch die Einführung einer festen Indexwährung und des Frei- oder Schwundgeldes beseitigt werden.

Wenn durch die Indexwährung und das Schwundgeld die Konjunkturschwankungen ausgeschaltet seien, werde der Kapitalbildungsprozeß so rasch fortschreiten, daß nach und nach der Zins verschwinden werde. Damit sei auch die kapitalistische Ausbeutung beseitigt, also das Ziel des Sozialismus erreicht.

Der Zins kann bezeichnet werden als der Preis des Leihkapitals. Nehmen wir an, in einer geschlossenen Volkswirtschaft mit kapitalistischer Produktionsweise (das heißt bloß den beiden Klassen der Kapitalisten einer- und der Arbeiter anderseits) seien Festwährung und Schwundgeld eingeführt. Die Bevölkerung sei stabil, der Außenhandel falle gegenüber dem inneren Markt kaum in Betracht. Nehmen wir auch an, daß das Schwundgeld eine Hamsterung von Geld verunmögliche. *Trotzdem kann der Zins nicht verschwinden.* Denn stetiger Umlauf des Geldes erzwingt keineswegs eine Vergrößerung des gesellschaftlichen Kapitals, erzwingt keineswegs das Sparen von Neukapital. »Sparen«, das heißt neues Kapital bilden kann nur die kapitalistische Klasse. *Sparen* bedeutet Kauf resp. Produktion von Produktionsmitteln. Geld ist nicht an und für sich Kapital. Geld wird erst dann Kapital, wenn das Geld in der Produktion »angelegt« wird. Die Annahme, durch den Geldumlaufszwang werde die Kapitalbildung gefördert, übersieht, daß das Schwundgeld die kapitalistische Klasse nicht hindern kann, ihr Geldeinkommen als Renteneinkommen zu verausgaben, das heißt nicht zu sparen. Da bloß der Zins einen Anreiz zum Sparen bilden kann, muß mit sinkendem Zinsfuß der Anreiz zum Sparen resp. zum Kapitalbildungsprozeß automatisch abnehmen. Sinkt der Zinsfuß unter eine gewisse Grenze, so liegt für die kapitalistische Klasse überhaupt kein Grund vor, Kapital zu bilden, zu sparen. Die kapitalistische Klasse wird ihr gesamtes Geldeinkommen direkt verbrauchen, die kapitalistische Ausbeutung wird auch unter der Freigeldwirtschaft nicht verschwinden, weil die Freigeldwirtschaft die *Besitzesunterschiede* nicht anzutasten wagt. Im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Wirtschaft setzt sich jede Senkung der allgemeinen Profitrate resp. des Zinsfußes in die Tendenz zum Kapitalexport um. Der Kapitalexport führt zur Durchkapitalisierung der Weltwirtschaft. Ist die Durchkapitalisierung der Weltwirtschaft vollendet, so wird die kapitalistische Klasse zu einer reinen Rentnerklasse. Gerade gegenüber dem Rentnerkapital, dieser am schärfsten den ausbeutenden Charakter des Kapitalverhältnisses betonenden Form des Kapitals, versagt die Freigeldreform, muß sie versagen, weil die Ideologie der Freigeldwirtschaft Ideologie des Handwerkers, Mittelständlers ist, welcher spart, um im Alter von seinen »Zinsen« leben zu können. Man will scheinbar den Zins abschaffen, aber der Geldwert der Vermögen soll nicht verändert werden, damit der Vermögensertrag unverändert bleibe.

Zwar existiert in der kapitalistischen Wirtschaft eine Tendenz zur Senkung der Profitrate, aber diese Tendenz kann durch die Vulgärökonomie eines Silvio Gesell überhaupt nicht erklärt werden. Sie ist nur durch die Arbeitswertlehre theoretisch zu deuten, worauf in diesem Zusammenhang bloß hingewiesen sei.

BUCHBESPRECHUNG

Lucien Laurat: Economie planée contre économie enchaînée (Planmäßige gegen gefesselte Wirtschaft). Librairie Valois, Paris 1932. 124 Seiten.

Das beispiellose Versagen des Weltkapitalismus hat in allen Ländern die Frage nach einer planmäßigen Gestaltung der Wirtschaft aufgeworfen. Die

vorliegende Schrift hat nicht nur das Verdienst, die streng marxistische Auffassung dieser Probleme nach Frankreich zu übertragen, sondern leitet darüber hinaus in musterhaft klarer Weise die Elemente einer künftigen Planwirtschaft aus der kapitalistischen Entwicklung ab. Die politischen Voraussetzungen der Planwirtschaft bleiben bewußt unerörtert; die Machtergreifung der Arbeiterklasse ist bereits vorausgesetzt.

Laurat geht von dem Chaos in der heutigen Weltwirtschaft aus; die Hartnäckigkeit der Krise erklärt sich erst aus der geschichtlichen Entwicklung des protektionistischen Monopolkapitalismus; der Drang nach einer Lenkung der Wirtschaft steht in unlösbarem Widerspruch zum Grundsatz der freien Konkurrenz. Die höchste Rationalität in der Technik ist mit einer Ziellosigkeit in der Wirtschaft verbunden. Ein ökonomischer Umbau muß bei denjenigen Teilen der Kapitalistenklasse beginnen, die durch die Entwicklung funktionslos gemacht werden, namentlich den Aktionären. Die Frage der Entschädigung hängt nur von der konkreten Situation ab. Uebrigens trennt Laurat, den französischen Verhältnissen entsprechend, scharf zwischen Großkapital und kleinen Sparern; inwieweit dies ökonomisch zulässig ist, bleibe hier dahingestellt. Die entscheidenden wirtschaftlichen Machtstellungen, die dem Kapialismus zunächst entrissen werden müßten, sieht Laurat im Monopolkapital und in dem Bankenapparat.

Die Ueberwindung der Krise, die Vermeidung künftiger kann dann, wenn das private Akkumulationsstreben in den wichtigsten Wirtschaftszweigen ausgeschaltet ist, durch rechtzeitige Hebung der Massenkaufkraft, Eindämmung der Akkumulation und damit eines übermäßigen Wachstums der Produktionsmittelindustrien erzielt werden. Mit einem bloßen Kampf gegen »Auswüchse« des Kapitalismus ist nichts getan; vor allem ist der Protektionismus eine zwangsläufige Begleiterscheinung des Monopolkapitalismus.

Beim Aufbau einer Planwirtschaft muß jedenfalls die Kontinuität der Produktion gewahrt werden. Deswegen hält es Laurat auch für notwendig, diesen Aufbau in nationalem Rahmen zu beginnen, wenngleich eine vollendete Planwirtschaft erst in internationalem Ausmaß möglich sein wird. Wir glauben, daß gerade diese Frage nicht theoretisch, sondern nur nach den gegebenen Machtverhältnissen zu lösen sein wird.

Die erste Aufgabe der Planwirtschaft soll sein, die Massenkaufkraft, vor allem auf dem Wege des »Soziallohnes«, zu heben; die Vergesellschaftung der Monopole wird auch eine Senkung der Monopolpreise gestatten. Ein Außenhandelsmonopol hält Laurat nicht für notwendig, da eine nationale Planwirtschaft ohnehin eine relativ starke Position gegenüber den andern Ländern haben werde. Auch darüber kann man gewiß verschiedener Meinung sein, ebenso über seine Kritik an der russischen Planwirtschaft, die nach seiner Ansicht nur demokratisch aufgebaut werden kann. Um so mehr kann man seinem Appell nach Studium des heutigen Wirtschaftsapparates zustimmen. Ein interessanter Arbeitsplan eines sozialistischen Arbeitskreises über alle für die Planwirtschaft wichtigen Probleme beschließt das Buch.

Es fehlt ihm gewiß an einer nähern Begriffsbestimmung der »Planwirtschaft« und konkreter Darstellung eines Wirtschaftsplanes; auch gegen manche Einzelheiten sind gewiß Einwände möglich. Dennoch ist es eine gediegene, klare und geistreiche Arbeit, die Verbreitung verdient.

Albert Lauterbach, Wien.